

3



**Achtung:
Arbeiten bis 67**
Gerechte Rentenpolitik
geht anders!

gerecht-
geht-
anders.de





RENTE MIT 67 BEDEUTET RENTENKÜRZUNG

Erst mit 67 Jahren in Rente? Für viele ist es kaum vorstellbar, so lange zu arbeiten. Ein großer Teil der Beschäftigten hält nicht einmal bis zur heutigen Altersgrenze von 65 Jahren durch. Ursachen sind schlechte Arbeitsbedingungen.

Ruhestand gehen. Wer dann mit 65 Jahren geht, erhält 7,2 Prozent weniger Rente. Wer mit 63 geht, verliert 14,4 Prozent. Die geförderte Altersteilzeit, die vielen Beschäftigten einen vorzeitigen Ausstieg ohne große Verluste ermöglicht hat, ist 2009 ausgelaufen.



Rente mit 67 bedeutet für Millionen Menschen nichts anderes als Arbeitslosigkeit und Rentenkürzung.

In vielen Betrieben werden schon heute keine über 50-Jährigen mehr beschäftigt. Nur 40 Prozent der über 55-Jährigen sind noch erwerbstätig. Ältere sind besonders von Arbeitslosigkeit betroffen. Trotzdem will die Bundesregierung ab 2012 die Altersgrenze planmäßig bis 2029 auf 67 Jahre anheben, so wie CDU/CSU und SPD es 2007 beschlossen haben.

Rente mit 67 heißt: Rentenkürzung für alle, die früher in den

Zusätzlich haben Rot-Grün und Schwarz-Rot durch den Einbau von Riester-Faktor und „Nachhaltigkeitsfaktor“ in die Rentenformel die Renten faktisch gekürzt. Außerdem wurden im Sommer 2010 die Rentenbeiträge von Langzeiterwerbslosen im Zuge des „Sparpakets“ der schwarz-gelben Koalition gestrichen.

Arbeitgeber und Versicherungen profitieren

Begründet wurden diese „Reformen“ mit dem Ziel, den Beitragssatz zur Rentenversicherung in den kommenden Jahren nicht über 20 Prozent steigen zu lassen. Auch wenn die Zahl der Rentnerinnen

und Rentner im Verhältnis zur Zahl der Erwerbstätigen weiter steigt, sollen es nicht mehr als 22 Prozent werden.

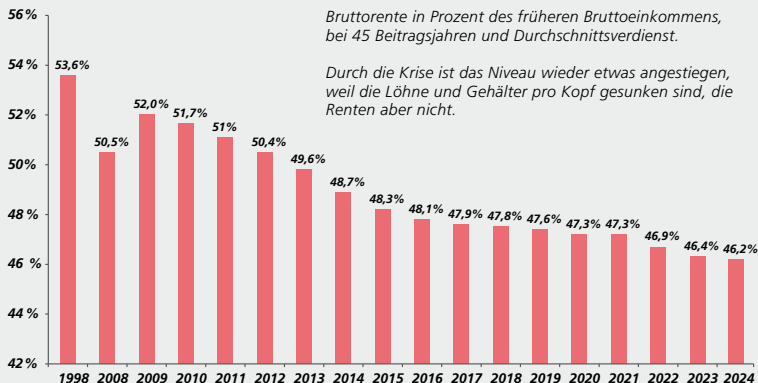
Doch die Beschäftigten haben davon nichts. Sie bekommen eine niedrigere Rente oder müssen viel Geld für Zusatzvorsorge aufwenden – und zwar ohne dass die Arbeitgeber die Hälfte dazu zahlen. Das wird teurer als wenn der Beitragsatz gestiegen wäre.



Das Dogma der Beitragsatzstabilität nützt nur Unternehmen und privaten Versicherungen. Die Beschäftigten zahlen drauf.

Es profitieren davon nur die Unternehmer, sie sparen Arbeitgeberbeiträge. Und die privaten Rentenversicherungen, die ein

Das Rentenniveau sinkt



Durch die Rentenreformen seit 1998 sinkt das Niveau der gesetzlichen Rente relativ zum früheren Bruttoeinkommen künftig stark ab. Auch wer sich eine Riester-Rente leisten kann, wird selbst bei voller Ausschöpfung das frühere Rentenniveau nicht erreichen können.

Quelle: Rentenversicherungsbericht 2010



gewaltiges zusätzliches Geschäft machen und daran prächtig verdienen. Ein Großteil der staatlichen Riester-Förderung geht für die Verwaltungskosten und Gewinne der Versicherungskonzerne drauf.

Altersarmut droht

Immer mehr Menschen finden nur noch Teilzeit- oder Niedriglohnjobs. Entsprechend gering sind die Rentenbeiträge. Dies trifft besonders für Minijob-Beschäftigte zu. Auch ein großer Teil der neuen „Solo-Selbstständigen“ ist nicht oder nur unzureichend rentenversi-

chert. Sie alle erwerben nur geringe Rentenansprüche, und zugleich fehlen der Rentenversicherung die Beitragseinnahmen.



Altersarmut und Absturz im Lebensstandard: das droht in Zukunft immer mehr Menschen.

Die Folge: Altersarmut, die in Deutschland fast überwunden schien, wird in Zukunft wieder zu einem Massenphänomen werden. Besonders Frauen

werden die Leidtragenden sein. Der Lebensstandard kann nur gesichert werden mit erheblichen Aufwendungen für zusätzliche Altersvorsorge. Die Geringverdiener, die es am nötigsten hätten, können sich dies trotz staatlicher Förderung am wenigsten leisten. Gerade Geringverdiener haben in Deutschland im internationalen Vergleich besonders niedrige Rentenansprüche. Wer die ganze

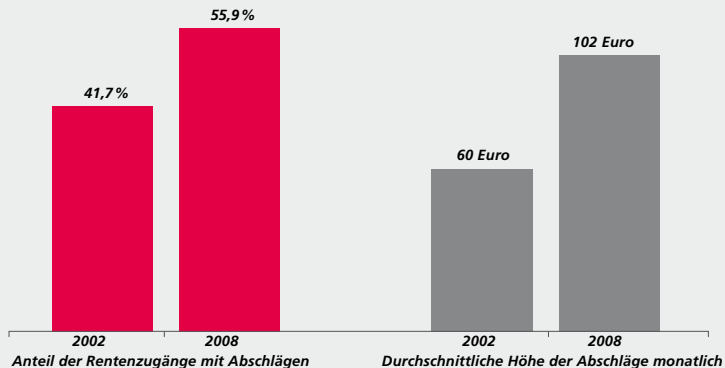
Zeit die Hälfte des Durchschnittseinkommens verdient, erhält nach internationalen Berechnungen als gesetzliche Rente nur 43 Prozent des Bruttoeinkommens.

Im Schnitt der entwickelten Länder sind es fast 72 Prozent.

Umverteilung von unten nach oben

Notwendig sind die Rentenkürzungen und die Rente mit 67

Immer mehr gehen mit Abschlägen in Rente



Schon in den vergangenen Jahren gingen immer mehr Menschen vorzeitig und mit Abschlägen von bis zu 18 Prozent in Rente. Mit der Rente mit 67 wird sich ihr Anteil noch mehr steigern.

Quelle: Statistik der deutschen Rentenversicherung

Ich möchte Mitglied werden ab: _____
Monat/Jahr**Persönliche Daten:**

Name _____

Vorname/Titel _____

Straße/Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Geburtsdatum _____ Telefon _____

E-Mail _____ Staatsangehörigkeit _____

Geschlecht weiblich männlich**Beschäftigungsdaten** Arbeiter/in Angestellte/r Beamter/in DO-Angestellte/r Selbstständige/r freie/r Mitarbeiter/in Vollzeit Teilzeit _____ Anzahl Wochenst. Erwerbslos Wehr-/Zivildienst bis _____ Azubi-Volontär/in-Referendar/in bis _____ Schüler/in-Student/in bis _____ Praktikant/in bis _____ Altersteilzeit bis _____ Sonstiges _____

Bin/war beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale) _____

Straße/Hausnummer im Betrieb _____

PLZ _____ Ort _____

Branche _____ ausgeübte Tätigkeit _____

 ich bin Meister/in-Techniker/in-Ingenieur/in

Tarifvertrag/Tarifl. Lohn- oder Gehaltsgr. _____

Tätigkeits-/Berufsjahr, Lebensalterstufe _____

regelm. monatl. Bruttoverdienst Euro _____

Einzugsermächtigung:Ich bevollmächtige die ver.di, den satzungsgemäßen
Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftinzugsverfahrenzur Monatsmitte zum Monatsende monatl. halbjähr. vierteljährl. jährlich

Name des Geldinstituts/Filiale (Ort) _____

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____

Name Kontoinhaber/in (bitte in Druckbuchstaben) _____

Datum/Unterschrift Kontoinhaber/in _____

oder im Lohn-/Gehaltsabzugsverfahren* monatlich bei
meinem Arbeitgeber einzuziehen.

* (nur möglich in ausgewählten Unternehmen)

Personalnummer (nur für Lohn-/Gehaltsabzugsverfahren) _____

Ich war Mitglied der Gewerkschaft: _____

von: _____ bis: _____
Monat/Jahr Monat/Jahr**Monatsbeitrag:** Euro _____Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro
Monat 1 % des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes.**Datenschutz**Ich erkläre mich gemäß § 4a Abs. 1 und 3 BDSG einverstanden,
dass meine mein Beschäftigungs- und Mitgliedschaftsverhältnis
betreffenden Daten, deren Änderungen und Ergänzungen, im
Rahmen der Zweckbestimmung meiner Gewerkschaftsmitgliedschaft
und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben
elektronisch verarbeitet und genutzt werden.
Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes
in der jeweiligen Fassung.

Datum/Unterschrift _____

Datum _____ Unterschrift _____

Werber/in:

Name _____

Vorname _____

Telefon _____

Mitgliedsnummer _____



nicht. Alle Prognosen gehen davon aus, dass die Wirtschaftsleistung Deutschlands in den nächsten Jahrzehnten weiter wachsen wird. Zugleich wird die Bevölkerungszahl sinken. Das bedeutet, dass pro Kopf mehr und nicht weniger Reichtum produziert wird als heute.

Da der Anteil der Älteren steigt, müsste der Rentenbeitrag in den nächsten Jahrzehnten erhöht werden, um das bisherige Sicherungsniveau zu halten. In der gesetzlichen Rente wäre dies für die Beschäftigten dennoch günstiger als eine Zusatzvorsorge, die sie ohne Arbeitgeberbeitrag alleine zahlen müssen. Wenn die Löhne entsprechend der Produktivität steigen, gäbe es trotzdem sowohl höhere Renten als auch höhere Nettoeinkommen der Beschäftigten.

Das Problem ist die Verteilung. Von 1992 bis 2010 stieg die preisbereinigte Wirtschaftsleistung trotz



Nicht die Alterung der Bevölkerung, sondern Rentenkürzungen und Lohn-dumping gefährden die Rente.

Wirtschafts- und Finanzkrise um 25 Prozent. Die reale Bruttolohn- und -gehaltsumme lag 2010 jedoch niedriger als 1992. Kein Wunder, dass die Rentenkasse Probleme bekommt. Denn die Rentenbeiträge hängen fast vollständig von der Entwicklung der Löhne und Gehälter ab. Das Grundproblem ist somit die Umverteilung von unten nach oben. Das preisbereinigte Unternehmer- und Vermögenseinkommen stieg im selben Zeitraum um fast 40 Prozent.

Gute Rente für alle

Auch 2010 war nicht einmal ein Viertel aller 60 bis 65-Jährigen sozialversichert beschäftigt. Trotzdem hält die Regierung an der Rente mit 67 fest. Für ver.di ist klar: Sie darf keinen Bestand haben.

Wir wollen eine gute Rente, die vor Armut schützt und den erarbeiteten Lebensstandard sichert. Alle müssen schrittweise in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Das schützt die Betroffenen und bringt mehr Geld in die Rentenkasse.

ver.di fordert:

- ▲ Die Rente erst ab 67 und die Maßnahmen zur Rentenkürzung müssen zurückgenommen werden;
- ▲ flexible Ausstiegsmöglichkeiten bis 65 und verbesserte Erwerbsminderungsrenten;
- ▲ die geförderte Altersteilzeit muss wieder eingeführt werden;
- ▲ gute Arbeit, gesetzlichen Mindestlohn und kräftige Einkommenssteigerungen, damit der wachsende Reichtum auch bei uns ankommt und zur Finanzierung der Renten zur Verfügung steht.

Mehr Infos: www.gerecht-geht-anders.de

IMPRESSUM:

ver.di –

**Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Ressort 1, Wirtschaftspolitik
Paul-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin**

Verantwortlich: Frank Bsirske

Bearbeitung: Ralf Krämer, Dr. Sabine Reiner,
Dr. Norbert Reuter, Anita Weber

Gestaltung: Hansen Kommunikation, Köln

Druck: alpha print medien AG, Darmstadt

W-3014-35, Januar 2011

www.wipo.verdi.de



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**